A-09-179-2 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum: 12.10.2025

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 178 bis 179 einfügen:
Kriegsführung zeigt, wie der Terror gegen die Ukraine funktioniert - und sie zeigt auch unsere eigenen Verwundbarkeiten.
Dabei gerät eine besonders gravierende Dimension zunehmend aus dem Blick: das Schicksal ukrainischer Zivilpersonen in russischer Gefangenschaft. In Friedensgesprächen werden territoriale Kompromisse und „Gebietstausch“ diskutiert, während tausende Zivilgefangene Gefahr laufen, vergessen zu werden.
Systematische Repression, Folter und Mord sollen Widerstand brechen und die Bevölkerung nach stalinistischen Methoden russifizieren. Am 17. September 2025 hat die russische Staatsduma einstimmig den Austritt aus der Europäischen Anti-Folter-Konvention beschlossen – ein gezielter Schritt, um sich internationaler Kontrolle über Haftanstalten zu entziehen. Bis Mai 2025 wurden fast 16.000 Zivilpersonen in russischem Gewahrsam identifiziert, rund 1.800 befinden sich weiterhin in Haft. Das Europäische Parlament spricht von über 70.000 Vermissten. Überlebende berichten von Folter, Hunger, sexualisierter Gewalt und Scheinexekutionen, während Familien keinerlei Informationen über das Schicksal ihrer Angehörigen erhalten. Internationalen Organisationen wird der Zugang zu den Haftorten konsequent verweigert.
Diese Politik entzieht ukrainische Gefangene gezielt dem Schutz des Völkerrechts. Lang andauernde Isolationshaft, Zwangspsychiatrisierungen und öffentliche Diffamierungen als „psychisch krank“ sind Teil einer Strategie, die an sowjetische Methoden anknüpft und nach Einschätzung der Vereinten Nationen den Tatbestand von Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllt.
Deutschland und die Europäische Union müssen diese dokumentierten Verbrechen klar als völkerrechtswidrig benennen, ihre Aufarbeitung politisch und juristisch unterstützen und Programme zur Dokumentation und rechtlichen Vertretung der Betroffenen stärken. Dazu gehört, in internationalen Foren – UN, Europarat und OSZE – den Druck auf Russland zu erhöhen, um die Freilassung aller zivilen Gefangenen zu erreichen. Die zivile Dimension der Gefangenenfrage ist dabei gleichrangig mit der von Kriegsgefangenen und verschleppten Kindern zu behandeln. Ergänzend fordern wir politische Patenschaften für Einzelschicksale durch Abgeordnete, die Aufnahme verantwortlicher Akteure in den Magnitsky-Sanktionsmechanismus der EU sowie die Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Auswärtigen Amt zur zentralen Erfassung dokumentierter Fälle und zur Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Freigelassene zivile Gefangene benötigen langfristige Unterstützung und eine konsequente juristische Aufarbeitung der begangenen Verbrechen vor internationalen Gerichten.

Begründung

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 und der Errichtung russländischer Besatzungsstrukturen im Donbas wurden tausende ukrainische Zivilpersonen willkürlich verschleppt und inhaftiert. Mit dem Angriffskrieg 2022 nahm diese Praxis massiv zu.

Russland missbraucht als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat als Schutzschild. Umso wichtiger ist es, Russlands Politik in der Generalversammlung und in allen

internationalen Foren zur Sprache zu bringen, den gezielten Bruch internationalen Rechts klar zu benennen und Russland stärker zu isolieren.

Die oben genannten Fälle stehen stellvertretend für Tausende und unterstreichen die Notwendigkeit, den Schutz ziviler Gefangener und inhaftierter Zivilpersonen durch das Völkerrecht zu sichern. Daher benötigt die internationale Gemeinschaft Instrumente, um Verantwortlichkeiten eindeutig festzulegen und konsequent durchzusetzen. Zudem verdeutlicht die Lage in den besetzten Gebieten, wie brutal Information und Wahrheit von der russländischen Propaganda als Angriffsziele, durch Diffamierung, Leugnung oder Verschleierung des tatsächlichen Zustands von Gefangenen, missbraucht werden.

Zivile Gefangene haben – anders als Kriegsgefangene – keinen "Tauschwert". Andernfalls könnte die russländische Militärführung vermehrt ukrainische Zivilisten gefangen nehmen, um sie für ihre Militärangehörigen zu tauschen. Ohne internationalen Druck, Sanktionen und öffentliche Thematisierung ist nicht zu erwarten, dass Russland diese Menschen freilässt. Ihre Festsetzung unter fadenscheinigen Begründungen dient der Bedrohung jeder noch so kleinen Geste der Loyalität zur Ukraine.

Darum ist es dringend erforderlich, ihre Freilassung zu einer internationalen Priorität zu machen und den Druck auf Russland zu erhöhen.

Frieden beginnt dort, wo Unrecht benannt und Menschen befreit werden.